



Fachbereich WD 2

Die russische Minderheit in der Ukraine

Die russische Minderheit in der Ukraine

Aktenzeichen: WD 2 - 3000 - 065/24
Abschluss der Arbeit: 28. Januar 2025 [gleichzeitig letzter Zugriff auf Links]
Fachbereich: WD 2: Auswärtiges, Völkerrecht, wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Verteidigung, Menschenrechte und Humanitäre Hilfe

Die Wissenschaftlichen Dienste des Deutschen Bundestages unterstützen die Mitglieder des Deutschen Bundestages bei ihrer mandatsbezogenen Tätigkeit. Ihre Arbeiten geben nicht die Auffassung des Deutschen Bundestages, eines seiner Organe oder der Bundestagsverwaltung wieder. Vielmehr liegen sie in der fachlichen Verantwortung der Verfasserinnen und Verfasser sowie der Fachbereichsleitung. Arbeiten der Wissenschaftlichen Dienste geben nur den zum Zeitpunkt der Erstellung des Textes aktuellen Stand wieder und stellen eine individuelle Auftragsarbeit für einen Abgeordneten des Bundestages dar. Die Arbeiten können der Geheimschutzordnung des Bundestages unterliegende, geschützte oder andere nicht zur Veröffentlichung geeignete Informationen enthalten. Eine beabsichtigte Weitergabe oder Veröffentlichung ist vorab dem jeweiligen Fachbereich anzuzeigen und nur mit Angabe der Quelle zulässig. Der Fachbereich berät über die dabei zu berücksichtigenden Fragen.

Inhaltsverzeichnis

1.	Einleitung	4
2.	Gesellschaftliche Diskriminierung	5
3.	Sprach-, Medien- und Bildungspolitik	8
4.	Kirche und Religionsfreiheit	15
5.	Parteien und politische Einflussnahme	18

1. Einleitung

Die vorliegende kommentierte Dokumentation beschäftigt sich mit der Situation der **russischen Minderheit in der Ukraine**. Weitere Minderheiten werden auftragsgemäß nicht beleuchtet. In diesem Zusammenhang sei jedoch darauf hingewiesen, dass sich insbesondere Roma in der Ukraine massiv Diskriminierungen ausgesetzt sehen.¹ Auch nicht typisch slawisch aussehende Menschen und andere Minderheiten machen diskriminierende Erfahrungen.²

Aufgrund des nicht abschließend geklärten Begriffs der „Minderheiten“ und der historisch gewachsenen Situation der russischen Minderheit in der Ukraine ist es notwendig, zunächst eine **Begriffsklärung** vorzunehmen. Die Wissenschaftlichen Dienste des Deutschen Bundestages haben sich in der Arbeit mit dem Titel „**Russische Minderheiten in Estland, Lettland, Moldau und Kasachstan**“ (WD 2 - 3000 - 064/24)³ bereits mit dem Begriff der Minderheit auseinandergesetzt. Ergänzend dazu sei in Bezug auf die **russische Minderheit in der Ukraine Folgendes** angemerkt:

Während viele andere Minderheiten wie z. B. die Afroamerikaner in den USA oder die Aborigines in Australien über einen langen Zeitraum unterdrückt und diskriminiert wurden, ist die Geschichte der russischen Minderheit in der Ukraine eine gänzlich andere. In der Sowjetzeit begann bereits unter dem Stalinregime die „**systematische Erhebung der Russen zur sowjetischen Titularnation**, welche durch die Hierarchie der ethnischen Gruppen im Kontext des sowjetischen ‚Nationsprojektes‘ untermauert wurde.“⁴ Diese „Russifizierung“ trug dazu bei, dass immer mehr Ukrainer Russisch sprachen und bis heute sprechen. Die Politikwissenschaftlerin *Anne Jürgens* spricht insoweit von einer „**umgekehrten Assimilierung**.“⁵ Folglich gibt es auch eine nicht geringe Anzahl ethnischer Ukrainer – darunter auch Präsident *Selenskyj* –⁶ die Russisch als Muttersprache sprechen.⁷ Allerdings ziehen viele Ukrainer es derzeit aufgrund des russischen Angriffskriegs vor, kein Russisch mehr zu sprechen⁸ und stehen auch der russischen Kultur abweisend gegenüber.⁹ Insofern scheint fraglich, inwieweit man russischsprachige/ (vormals) russo- phone ethnische Ukrainer zur russischen Minderheit zählen kann oder sollte. Im letzten

-
- 1 Tagesspiegel, [Das Leid im Krieg](#), 10. August 2022; U.S. Department of States, [2023 Country Reports on Human Rights Practices: Ukraine](#), S. 45.
 - 2 U.S. Department of States, [2023 Country Reports on Human Rights Practices: Ukraine](#), S. 44 f.
 - 3 Wissenschaftliche Dienste, [Russische Minderheiten in Estland, Lettland, Moldau und Kasachstan](#), WD 2 - 3000 - 064/24, 28. Januar 2025, S. 5 – 7.
 - 4 *Jürgens*, [Russischsprachige Bevölkerung in Osteuropa – von der Titularnation zur Minderheit](#), 2018, S. 499 [Hervorhebung durch Verf.].
 - 5 *Jürgens*, [Russischsprachige Bevölkerung in Osteuropa – von der Titularnation zur Minderheit](#), 2018, S. 512 f.; vgl. auch *Constantin*, [Ethnic and linguistic identity in Ukraine? It's complicated](#), eurac research, 21. März 2022.
 - 6 France 24, [For Russian speakers in Ukraine, a candidate talking their language](#), 16. April 2019.
 - 7 *Jürgens*, [Russischsprachige Bevölkerung in Osteuropa – von der Titularnation zur Minderheit](#), 2018, S. 505.
 - 8 *Walker*, [Enemy tongue: eastern Ukrainians reject their Russian birth language](#), The Guardian, 4. Juni 2022.
 - 9 *Harding*, [‘Hearing Russian brings me pain’: how war has changed Ukrainian literature](#), The Guardian, 4. Oktober 2023; *Freund*, [Die Sprache des Feindes](#), Süddeutsche Zeitung, 30. Juni 2023.

ukrainischen **Zensus aus dem Jahr 2001** wurde zudem auch zwischen der ethnischen und sprachlichen Zugehörigkeit unterschieden. So gaben **17,3 Prozent der Befragten als Ethnie/Nationalität „russisch“** an, während **29,6 Prozent „Russisch“ als ihre Muttersprache** bezeichneten.¹⁰ Diese Daten wie auch die Verwendung des Begriffs „russische Minderheit“ in verschiedenen wissenschaftlichen Publikationen¹¹ legen nahe, dass unter **russischer Minderheit in der Regel nur ethnische Russen** verstanden werden. Im Folgenden werden jedoch unabhängig von der Tatsache, dass der Begriff „russische Minderheit“ regelmäßig nur für ethnische Russen verwendet wird, auch Maßnahmen, wie z. B. Sprachgesetze, die sowohl Auswirkungen auf die russische Minderheit als auch auf russischsprachige/russophone ethnische Ukrainer haben können, dargestellt.

Die Dokumentation deckt hinsichtlich der russischen Minderheit bzw. der russischsprachigen/russophonen Bevölkerung die Bereiche der **gesellschaftlichen Diskriminierung** im Allgemeinen (siehe dazu 2.), der **Sprach-, Medien- und Bildungspolitik** (siehe dazu 3.), der **Religionsausübung** (siehe dazu 4.) und der **politischen Einflussnahme** (siehe dazu 5.) ab, ohne einen Anspruch auf Vollständigkeit zu erheben. Zur Situation etwaiger russischer Flüchtlinge, die aus Russland wegen des Ukrainekrieges in die Ukraine geflohen sind, existieren kaum verwertbare deutsche oder englischsprachige Quellen, sodass dazu keine Aussagen gemacht werden können.

Aufgrund von **Sprachbarrieren** konnten regelmäßig keine (Primär)quellen (z. B. des ukrainischen Zensus) auf Russisch und oder Ukrainisch genutzt werden. Folglich wurde mit deutschen oder englischen (Sekundär)quellen gearbeitet. Sofern in verschiedenen Quellen unterschiedliche Einschätzungen vorgenommen wurden, wird dies in der Dokumentation so wiedergegeben, da eine eigene Bewertung ohne tiefere Expertise – auch aufgrund von **unterschiedlichen Narrativen** in verschiedenen Quellen – oftmals nicht möglich erschien. Zudem ist zu beachten, dass aufgrund des russischen Angriffskriegs Grundrechte derzeit in der Ukraine generell eingeschränkt sind. So hat Präsident Selenskyj am 24. Februar 2022 das **Kriegsrecht** im ganzen Land verhängt, was zur Einschränkung der ukrainischen Medien, der Versammlungsfreiheit, des Briefgeheimnisses u. a. führte.¹²

2. Gesellschaftliche Diskriminierung

Die Diskriminierung eines Bevölkerungsteils kann sich in verschiedenen Formen manifestieren. In diesem Abschnitt wird der Fokus auf der Frage liegen, ob es eine **gesellschaftliche Diskriminierung der russischen Bevölkerung der Ukraine** gibt. Zurückgegriffen wird dabei insbesondere

10 Constantine, [Ethnic and linguistic identity in Ukraine? It's complicated](#), eurac research, 21. März 2022. Constantine erläutert, dass im Zensus nach „Nationalität/ethnischem Ursprung“ („nationality/ethnic origin“) gefragt wurde. Insoweit wohl ungenau: Besters-Dilger, [Language Policy in Ukraine - Overview and Analysis](#), in: Ukrainian Analytical Digest, 2023, 1, S. 2-6 (3); die nur von „Nationalität“ spricht; vgl. auch Council of Europe, European Commission for Democracy through Law (Venice Commission), [Ukraine Opinion on the Law on Supporting the Functioning as the Ukrainian Language as the State Language](#), 9. Dezember 2019, S. 3 Rn. 6 f.

11 Siehe z. B.: Batta, *The Russian Minorities in the Former Soviet Republics*, 2022, S. 9 ff.

12 Munzinger Online/Länder - Internationales Handbuch, [Ukraine](#), 16. Dezember 2024.

auf Berichte von Kommissionen des Europarates. In den weiteren Abschnitten dieser Dokumentation wird eine potenzielle Diskriminierung in bestimmten Bereichen untersucht.

Die **Europäische Kommission gegen Rassismus und Intoleranz** (engl. European Commission against Racism and Intolerance, folgend: ECRI)¹³ des Europarates veröffentlicht in regelmäßigen Abständen Monitoring-Berichte zu den Mitgliedsstaaten des Europarates. Der letzte Bericht zur Ukraine wurde im Jahr 2017 veröffentlicht, der vorige im Jahr 2012.

In dem Bericht der ECRI aus dem Jahr 2012 wird deutlich, dass diskriminierende Erfahrungen von verschiedenen Bevölkerungsgruppen gemacht werden:

„Racist attacks continue to occur and individuals continue to be targeted on the basis of their skin colour and to fear for their physical safety in public. **Informal neo-Nazi groups are increasingly present**, especially in major industrial cities with football teams, and Ukraine is also chosen by extreme right-wing and neo-Nazi groups for holding concerts. [...] Overall, **tolerance towards Jews, Russians and Roma appears to have significantly declined in Ukraine since 2000** and prejudices are also reflected in daily life against other groups, who experience problems in accessing goods and services.”¹⁴

In dem Bericht aus dem Jahr 2017, der auch den Zeitraum nach der völkerrechtswidrigen Annexion der Krim abdeckt, heißt es:

„**Political discourse in the last three years has been dominated by anti-Russia rhetoric as a result of the illegal annexation by the Russian Federation of the Autonomous Republic of Crimea** and the city of Sevastopol and armed conflict in certain areas of the Donetsk and Luhansk regions. The conflict has also heightened religious intolerance and tensions between the different Churches loyal to Kyiv or to Moscow. However, reports indicate that there have been few incidents of harassment or abuse of individuals or groups on the basis of their Russian identity in Kyiv or other areas. One report pointed out that Russians and ethnic Ukrainians frequently stated that their relations remained good.

On the other hand, **the conflict appears to have had a negative effect on vulnerable groups in general. Reports indicate that there has been an increase in racist hate speech and discriminatory statements in public discourse, including by political figures, directed against Roma, asylum seekers and refugees, internally displaced persons (IDPs), foreign students and LGBT persons.**”¹⁵

Die kriegerischen Auseinandersetzungen in Donezk und Luhansk und die illegale Annexion der Krim scheinen also zu einem Anstieg von Diskriminierungen und Hassreden beigetragen zu haben, welche sich aber nicht ausschließlich gegen die russische Bevölkerung richten.

13 Siehe: Council of Europe, [European Commission against Racism and Intolerance \(ECRI\)](#).

14 ECRI, [Fourth report on Ukraine \(adopted on 9 December 2011 / published on 21 February 2012\)](#), S. 8 [Hervorhebung durch Verf.].

15 ECRI, [Fifth report on Ukraine \(adopted on 20 June 2017 / published on 19 September 2017\)](#), S. 15 Rn. 22 f. [Hervorhebung durch Verf.].

Die Politikwissenschaftsprofessorin *Anna Batta* stellte für die Zeit vor dem russischen Angriffskrieg fest, dass es im Allgemeinen keine weit verbreitete Diskriminierung gegen die russische Minderheit gebe, es jedoch gerade im Westen des Landes zu Diskriminierungen komme.¹⁶

Der amerikanische Politikwissenschaftler *Nicolai N. Petro* sieht hingegen insbesondere aufgrund von Sprachpolitik und dem Umgang mit der Ukrainisch-Orthodoxen Kirche eine Diskriminierung der russischen Bevölkerung. Er spricht von „Bürgern zweiter Klasse“¹⁷ und macht deutlich, dass die Probleme bereits vor dem Angriff auf die Ukraine bestanden hätten. Allerdings ist *Petro* zufolge laut einer Umfrage nach über einem Jahr Krieg die gefühlte Diskriminierung der russischen Bevölkerung stark angestiegen:

„Das Kiewer Internationale Institut für Soziologie stellte fest, dass im Mai 2022 nur 8 Prozent der Ukrainer Beweise für eine systematische Diskriminierung der russischsprachigen Bevölkerung sahen, während diese Zahl in der letzten Umfrage vom September 2023 auf 45 Prozent gestiegen war.“¹⁸

Durch das nach Beginn des russischen Angriffskriegs erlassene **neue Minderheitengesetz**¹⁹ wollte die Ukraine Voraussetzungen für den Beginn von EU-Beitrittsgesprächen erfüllen.²⁰ In dem Gesetz zeigt sich, dass Krieg auch in der Gesetzgebung Spuren hinterlässt. In diesem Gesetz heißt es in der englischen Übersetzung von Art. 5 Abs. 6:

„When exercising and/or protecting the rights and freedoms of persons belonging to national minorities (communities), it is **prohibited to popularize or propagandize the terrorist state (aggressor state) and its bodies, the Russian Nazi totalitarian regime, symbols of the military invasion of Ukraine by the Russian Nazi totalitarian regime, representatives of the authorities of the terrorist state (aggressor state) and their actions that create a positive image of the terrorist state (aggressor state)**, justify or recognize the legitimacy of the armed aggression of the Russian Federation as a terrorist state against Ukraine, the occupation of the territory of Ukraine.“²¹

16 *Batta*, *The Russian Minorities in the Former Soviet Republics*, 2022, S. 65.

17 *Petro*, [Russische Minderheiten werden in der Ukraine zu Bürgern zweiter Klasse](#), 25. Dezember 2023, Frankfurter Rundschau.

18 *Petro*, [Russische Minderheiten werden in der Ukraine zu Bürgern zweiter Klasse](#), 25. Dezember 2023, Frankfurter Rundschau.

19 Weiterführend zu dem **Minderheitengesetz** und **Minderheitenschutz in der Ukraine**: *Prina/Pentassuglia*, in: [Ukraine's Law on National Minorities and 'Effective' Participation: Expanding or Diluting Standards?](#), in: *International Journal on Minority and Group Rights*, 2023, 30(5), S. 880-930.

20 Library of Congress, [Ukraine: New Law Determines Rights and Obligations of National Minority Communities](#), 14. Februar 2023; vgl. auch: *Trubetskoy*, [So weit hat sich die Ukraine an die EU rangearbeitet](#), Berliner Morgenpost, 8. November 2023.

21 Council of Europe, European Commission for Democracy through Law (Venice Commission), [Ukraine the Law of the Land "on National Minorities \(Communities of Ukraine\)"](#), 28. April 2023 [Hervorhebungen durch Verf.].

Die **Venedig-Kommission des Europarates** erkennt die aufgrund des Angriffskriegs bestehende besondere Situation für eine solche Gesetzgebung an, zweifelt jedoch an, ob ein Minderheitengesetz der richtige Raum für eine solche Regelung ist:

„Article 5(7) [sic], concerning the “popularisation and propaganda of the terrorist state (aggressor state)” and similar actions, is clearly to be seen **in the context of the present Russian aggression** against Ukraine. It focuses on a specific situation and should normally not appear in a general law on minorities, but rather in criminal legislation. **The Venice Commission recommends considering that this provision be removed to another, more appropriate piece of legislation, possibly to specific legislation applying to the present emergency situation.**”²²

Der Nachrichtenplattform „Euractiv“ zufolge hat die **stellvertretende Ministerpräsidentin der Ukraine Olha Stefanishyna** zudem Ende des Jahres 2023 deutlich gemacht, dass im Rahmen von EU-Beitrittsverhandlungen, **keine Fragen im Zusammenhang mit dem Schutz der russischen Minderheit in der Ukraine erläutert werden würden**. Eine solche Minderheit gebe es laut *Stefanishyna* nicht.²³

3. Sprach-, Medien- und Bildungspolitik

Die Ukraine ist ein weitgehend bilinguales Land.²⁴ Während jedoch im Zensus 2001 noch knapp 30 Prozent der Befragten Russisch als ihre Muttersprache angaben,²⁵ waren es in einer Umfrage aus dem Jahr 2017 nur 17,1 Prozent, während 64 Prozent Ukrainisch angaben und 17,4 Prozent beide Sprachen als ihre Muttersprachen bezeichneten.²⁶ Die **Sprachpolitik** der Ukraine ist allerdings **seit jeher ein Politikum**.²⁷ Auf die Unterdrückung der ukrainischen Sprache im russischen

22 Council of Europe, [European Commission for Democracy through Law \(Venice Commission\), Ukraine Opinion on the Law of National Minorities \(Communities\)](#), 12. Juni 2023, S. 10 Rn. 31 [Hervorhebungen durch Verf.].

23 Euractiv, [Ukraine: Russische Minderheit spielt „keine Rolle“ bei EU-Beitritt](#), 10. November 2023; siehe auch: European Pravda, [There Is No Russian Minority in Ukraine. So Its "Rights" Do Not Come Up in Negotiations with EU – Ukraine's Senior Official](#), 9. November 2023.

24 Dazu weiterführend: *Müller/Wingender* (Hrsg.), *Discourse and Practice of Bilingualism, Contemporary Ukraine and Russia/Tatarstan*, 2020.

25 *Constantin*, [Ethnic and linguistic identity in Ukraine? It's complicated](#), eurac research, 21. März 2022.

26 *Masenko*, *Language Conflict in Ukraine: Finding of Settlement*, in: *Müller/Wingender* (Hrsg.), *Discourse and Practice of Bilingualism, Contemporary Ukraine and Russia/Tatarstan*, 2020, S. 31-42 (31).

27 *Bowring*, *The Russian Language in Ukraine: Complicit in Genocide, or Victim of State-Building?*, in: *Ryazanova-Clarke* (Hrsg.), *The Russian Language Outside the Nation*, 2014, S. 56-78 (56); vgl. Auch *Prina/Pentassuglia*, [Ukraine's law on national minorities and 'effective' participation: Expanding or diluting standards?](#), in: *International Journal on Minority and Group Rights*, 2023, 30(5), S. 880-930 (883); *Masenko*, *Language Conflict in Ukraine: Finding of Settlement*, in: *Müller/Wingender* (Hrsg.), *Discourse and Practice of Bilingualism, Contemporary Ukraine and Russia/Tatarstan*, 2020, S. 31-42 (32).

Zarenreich²⁸ folgte eine kurze Phase einer pro-ukrainischen Sprachpolitik in den zwanziger Jahren, bevor schließlich von der Sowjetführung eine Russifizierung der Ukraine (inklusive der Sprache) fortgeführt wurde, durch die das Ukrainische zu einer „dörflichen Umgangssprache“ degradiert werden sollte.²⁹ Somit bewegt sich seit dem Zerfall der Sowjetunion die Sprachpolitik in der Ukraine mit Blick auf die russische Sprache im Spannungsfeld von „**Dekolonialisierung**“³⁰ und „**Minderheitenschutz**“. Die Politikwissenschaftler *Joseph Place* und *Judas Everett* erläutern hierzu:

„The major issue is the tension between attempting to develop a state, as well as political and civic culture including a national language within the postcolonial context, which conflicts with the necessity to respect pluralism and minority rights.“³¹

Im Rahmen von Gorbatschows *Glasnost* und *Perestroika* Politik wurde im Jahr 1989 ein neues Sprachengesetz verabschiedet.³² Durch dieses Gesetz wurde Ukrainisch die Amtssprache und gleichzeitig wurde der Schutz anderer Minderheitensprachen inklusive des Russischen festgeschrieben.³³

Auch in der **ukrainischen Verfassung aus dem Jahr 1996 ist in Art. 10³⁴ festgelegt, dass ukrainisch die einzige Amtssprache ist. Gleichzeitig wird jedoch in Art. 10 auch die „freie Entwicklung, Verwendung und Schutz des Russischen und anderer Sprachen nationaler Minderheiten in der Ukraine“³⁵ garantiert.** Art. 53 der Verfassung garantiert zudem Bürgern, die nationalen Minderheiten angehören, „das Recht, in ihrer Muttersprache unterrichtet zu werden oder ihre

Weiterführend zum **Sprachkonflikt in der Ukraine aus einer linguistischen Perspektive**, siehe: *Kiss/Wingender, Linguistic Conflict Research: Methodical Approach and Case Studies on the Current Language Situation in Ukraine*, in: Gawrich et al. (Hrsg.), *Analysing conflict settings: case studies from Eastern Europe with a focus on Ukraine*, S. 107-136.

- 28 *Flier/Graziosi*, The Battle for Ukrainian: An Introduction, in: *Harvard Ukrainian Studies*, 2017-2018, Vol. 35 Nr. 1-4, S. 11-30 (13); *Simon*, [Kommentar: Sprachenpolitik in der Ukraine](#), Bundeszentrale für politische Bildung (bpb), 4. Dezember 2017; Siehe dazu auch: *Lunyova et al.*, [Bill 7633 on the restriction of the use of Russian text sources in Ukrainian research and education: analysing language policy in times of war](#), in: *Studies in East European Thought*, 5. Mai 2024.
- 29 *Simon*, [Kommentar: Sprachenpolitik in der Ukraine](#), bpb, 4. Dezember 2017; siehe auch: *Zalizniak*, Language Situation Change in Ukraine as a Result of the Revolutionary Events of 2013-2014 (Findings from a Mass Survey), in: Müller/Wingender (Hrsg.), *Discourse and Practice of Bilingualism, Contemporary Ukraine and Russia/Tatarstan*, 2020, S. 71-87 (71).
- 30 *Place/Everett*, [Ukraine, language policies and liberalism: a mixed second act](#), in: *Studies in East European Thought*, 12. Februar 2024; vgl. auch *Freund*, Die Sprache des Feindes, *Süddeutsche Zeitung*, 1. Juli 2023.
- 31 *Place/Everett*, [Ukraine, language policies and liberalism: a mixed second act](#), 12. Februar 2024.
- 32 *Hajda/Zasenko*, [Ukraine on the path to independence](#), Britannica.
- 33 *Besters-Dilger*, [Language Policy in Ukraine - Overview and Analysis](#), in: *Ukrainian Analytical Digest*, 2023, 1, S. 2-6 (2).
- 34 Siehe Council of Europe, [Constitution of Ukraine](#).
- 35 Übersetzt mit Hilfe von [deepl.com](#).

Muttersprache in staatlichen und kommunalen Bildungseinrichtungen und durch nationale Kulturvereine zu lernen.“³⁶

Im Jahr **1995 wurde die Ukraine Mitglied des Europarates** und war deswegen verpflichtet, die Europäische **Charta der Regional- oder Minderheitensprachen** innerhalb eines Jahres zu unterzeichnen und zu ratifizieren.³⁷ Letztlich ratifizierte die Ukraine die Charta im Jahr 2005³⁸ und **erklärte 13 Sprachen – darunter Russisch – zu von Minderheiten gesprochenen Sprachen**. Auf Grundlage der Charta verlangten Teile der russischsprachigen Bevölkerung sowie das russische Außenministerium mehr Förderung der russischen Sprache.³⁹ Im Rahmen des Monitoring-Mechanismus der Charta werden in regelmäßigen Abständen Berichte und Empfehlungen von Experten des Europarates verfasst. Im **ersten Expertenbericht zur Ukraine aus dem Jahr 2008**⁴⁰ wird zunächst deutlich gemacht, dass die sprachliche Situation in der Ukraine eine besondere ist und fraglich ist, ob Russisch überhaupt der Status einer von Minderheiten gesprochenen Sprachen zuerkannt hätte werden sollen:

„The linguistic landscape of Ukraine is unique from the Charter’s perspective, as a language (Russian) which is not the state language is used by a large part of the population, including persons belonging to other national minorities. [...]

The Russian language is considered by many persons belonging to national minorities and by some ethnic Ukrainians as their mother tongue. It is therefore not in the same position as other regional or minority languages. However, in the instrument of ratification, Russian is placed at the same level as other languages, which does not correspond to the Charter’s philosophy. **Regarding the current situation of the Russian language in Ukraine, the Committee of Experts considers that the level afforded to this language in the instrument of ratification is not appropriate.**“⁴¹

Da die Ukraine jedoch Russisch den Status einer von Minderheiten gesprochenen Sprachen i. S. d. Charta zuerkannt hatte, befassten sich die Experten auch mit der Situation der russischen Sprache in der Ukraine und kamen zu folgendem Ergebnis:

„**In respect of Russian, most undertakings chosen by Ukraine under the Charter on which the Committee of Experts has concluded are fulfilled or partly fulfilled.** However, this is partly due to the fact that these undertakings, in particular those in education and concerning the media, do not

36 Übersetzt mit Hilfe von deepl.com.

37 Besters-Dilger, [Language Policy in Ukraine - Overview and Analysis](#), in: Ukrainian Analytical Digest, 2023, 1, S. 2-6 (3).

38 Council of Europe, [Chart of signatures and ratifications of Treaty 148](#).

39 Besters-Dilger, [Language Policy in Ukraine - Overview and Analysis](#), in: Ukrainian Analytical Digest, 2023, 1, S. 2-6 (3).

40 Veröffentlicht wurde der Bericht jedoch erst 2010, siehe: Council of Europe, European Charter for Regional and Minority Languages, [Application of the Charter in Ukraine, Initial monitoring cycle](#), 7. Juli 2010.

41 Council of Europe, European Charter for Regional and Minority Languages, [Application of the Charter in Ukraine, Initial monitoring cycle](#), 7. Juli 2010, S. 6 Rn. 16, S. 10 Rn. 61 [Hervorhebung durch Verf.].

adequately reflect the situation of Russian to which more ambitious undertakings could be applied. The Committee of Experts notes that the recent measures affecting the Russian language in the field of education, media and culture will have problematic consequences for the Russian speakers.”⁴²

Unter dem **pro-russischen Präsidenten Viktor Yanukovych wurde im Jahr 2012 ein neues stark umstrittenes Sprachengesetz** unter Missachtung der Geschäftsordnung des ukrainischen Parlaments verabschiedet, welches allen Gebieten, in denen 10 Prozent der Bevölkerung eine Minderheitensprache sprachen, die Möglichkeit gab, diese zur Regionalsprache zu machen und vermehrt zu verwenden.⁴³ Dieses Gesetz wurde im **zweiten Expertenbericht zur Europäischen Charta der Regional- oder Minderheitensprachen** betreffend die Ukraine als förderlich für die Situation des Russischen eingestuft:

“The newly adopted Law of Ukraine "On the Principles of State Language Policy" has already been brought into application with respect to the Russian language. The implementation of that law will improve the situation of Russian with regard to the judiciary and administration, where still some shortcomings could be observed during the reporting period.”⁴⁴

Dahingegen hatte die **Venedig-Kommission des Europarates den Gesetzesentwurf für seinen unzureichenden Schutz der ukrainischen Sprache als Amtssprache in einer ersten Stellungnahme kritisiert**⁴⁵ und war auch nach Überarbeitungen des Entwurfs nicht überzeugt, dass die ukrainische Sprache ausreichenden Schutz genießen würde.⁴⁶ Auch in der Ukraine blieb das Gesetz nach dem Inkrafttreten stark umstritten und nationalistische sowie konservative Politiker versprachen dessen Aufhebung. Dies wurde wiederum von Politikern aus der Ost- und Südukraine „als Ausdruck der Feindseligkeit der neuen Regierung gegenüber russischsprachigen Bürgern“⁴⁷ aufgefasst.

Bevor ein neues Sprachgesetz verabschiedet wurde, wurde zunächst **im Jahr 2017 ein neues Bildungsgesetz erlassen, welches sprachpolitische Auswirkungen** hatte. Nach diesem Gesetz muss

42 Council of Europe, [European Charter for Regional and Minority Languages. Application of the Charter in Ukraine. Initial monitoring cycle](#), 7. Juli 2010, S. 96 Rn. W [Hervorhebung durch Verf.].

43 Kulyk, Einheit und Identität, in: Osteuropa, 2014, 5-6, S. 227-237 (228); siehe auch: Place/Everett, [Ukraine. language policies and liberalism: a mixed second act](#), 12. Februar 2024.

44 Council of Europe, [European Charter for Regional and Minority Languages. Application of the Charter in Ukraine. 2nd monitoring cycle](#), 15. Januar 2014, S. 190 Rn. W.

Zum dritten Expertenbericht siehe: Council of Europe, [European Charter for Regional or Minority Language. Third report of the Committee of Experts in respect of Ukraine](#), 24. August 2017, S. 81 ff.

45 Council of Europe, European Commission for Democracy through Law (Venice Commission), [Opinion on the Draft Law on Languages in Ukraine](#), 30. März 2011, S. 24, Rn. 111 ff.

46 Council of Europe, European Commission for Democracy through Law (Venice Commission), [Opinion on the Draft Law on Principles of the State Language Policy](#), 19. Dezember 2011, S. 12, Rn. 66; siehe auch: *Bowring*, The Russian Language in Ukraine: Complicit in Genocide, or Victim of State-Building?, in: Ryazanova-Clarke (Hrsg.), *The Russian Language Outside the Nation*, 2014, S. 56-78 (72 f.).

47 Kulyk, Einheit und Identität, in: Osteuropa, 2014, 5-6, S. 227-237 (228).

ein Großteil des Unterrichts auf den weiterführenden Schulen auf Ukrainisch stattfinden.⁴⁸ Dieses Gesetz sah sich **national und international viel Kritik** ausgesetzt.⁴⁹ **Die Venedig-Kommission des Europarates** machte zwar deutlich, dass in der Ukraine eine besondere Situation mit Hinblick auf das Russische bestehe,⁵⁰ stellte jedoch ebenfalls Folgendes fest:

„While introducing a comprehensive reform of the Ukrainian education system which globally seems to be positively received, the new Education Law also proposes new principles for the use of languages as medium of education and as subject of instruction. **In particular, Article 7 of the new Law, by reducing the scope of education in minority languages, notably at the secondary level, has drawn strong criticism and protests both domestically and internationally.**

[...] **This criticism seems justified due to a number of reasons.**”⁵¹

Auch die parlamentarische Versammlung des Europarates zeigte sich in einer Resolution besorgt über die Sprachvorschriften des Bildungsgesetzes.⁵²

Ferner wurde im **Jahr 2017 ein Gesetz verabschiedet**, welches **nationale Fernsehkanäle verpflichtet, zu 75 Prozent auf Ukrainisch zu senden und lokale Fernsehkanäle verpflichtet, zu 60 Prozent ukrainisch zu senden.**⁵³ Diese Quote wurde **2024** für nationale Fernsehkanäle auf **90 Prozent** angehoben.⁵⁴

48 *Besters-Dilger*, Language Policy in Ukraine - Overview and Analysis, in: Ukrainian Analytical Digest, 2023, 1, S. 2-6 (3); siehe auch: *Place/Everett*, [Ukraine, language policies and liberalism: a mixed second act](#), in: Studies in East European Thought, 12. Februar 2024.

49 Dazu weiterführend: bpb, [Dokumentation: Reaktionen auf die Verabschiedung des neuen Bildungsgesetzes vom 5. September 2017](#), 16. Oktober 2017.

50 Council of Europe, European Commission for Democracy through Law (Venice Commission), [Ukraine Opinion on the provisions of the Law on Education of 5 September 2017, which concern the use of the State Language and Minority and other Languages in Education](#), 11. Dezember 2017, S. 3, Rn. 7.

51 Council of Europe, European Commission for Democracy through Law (Venice Commission), [Ukraine Opinion on the provisions of the Law on Education of 5 September 2017, which concern the use of the State Language and Minority and other Languages in Education](#), 11. Dezember 2017, S. 24, Rn. 119 f. [Hervorhebung durch Verf.].

52 Council of Europe, Parliamentary Assembly, [Resolution 2189 \(2017\), The new Ukrainian law on education: a major impediment to the teaching of national minorities' mother tongues](#), 12. Oktober 2017.

53 *Lennon*, [Six Reasons the “Opposition Platform” Won in Eastern Ukraine](#), Wilson Center, Dezember 2019; siehe auch: Kyiv Post, [Poroshenko signs law on mandatory 75 percent quota of Ukrainian language on TV](#), 9. Juni 2017.

54 State Language Protection Commissioner, [On March 31, 2023, the Law of Ukraine "On Media" enters into force which will strengthen the position of the Ukrainian language in this area](#), 23. März 2023, siehe auch: *Petro*, [Russische Minderheiten werden in der Ukraine zu Bürgern zweiter Klasse](#), 25. Dezember 2023, Frankfurter Rundschau.

Im Jahr 2018 erklärte das ukrainische Verfassungsgericht das Sprachengesetz aus dem Jahr 2012 aus formalen Gründen (Verstoß gegen die Geschäftsordnung des Parlaments) für ungültig.⁵⁵ Im **April 2019** gegen Ende der Amtszeit von Präsident *Poroschenko* wurde ein **neues Sprachengesetz** erlassen,⁵⁶ welches sich ebenfalls Kritik ausgesetzt sah.⁵⁷ Das Gesetz, dessen Bestimmungen schrittweise in Kraft traten,⁵⁸ hat zum Ziel das **Ukrainische stärker im öffentlichen Raum zu verankern** und **„schreibt den Gebrauch der ukrainischen Sprache in fast allen Bereichen des öffentlichen Lebens vor.“**⁵⁹ So müssen z. B. Printmedien vermehrt auf Ukrainisch publizieren. Ferner sind Angehörige bestimmter Berufe sowie Beamte verpflichtet, bei offiziellen Anlässen oder offizieller Informationsweitergabe die ukrainische Sprache zu verwenden. Bei Verstößen drohen Geldstrafen.⁶⁰ Außerdem wurde *Place* und *Everett* zufolge eine Hotline eingerichtet, bei der man Unternehmen/Geschäfte, in denen nicht ausreichend ukrainisch gesprochen wird, gemeldet werden können. Dies führte u. a. dazu, dass eine McDonald's-Filiale die Möglichkeit abschaffte, an Automaten auf Russisch zu bestellen.⁶¹ Im privaten und religiösen Bereich dürfen Minderheitensprachen jedoch weiterhin verwendet werden.⁶²

Verschiedene Stellen der **Vereinten Nationen** drückten – trotz erfolgter Verbesserungen im Gesetzgebungsprozess – **Besorgnis über das neue Sprachgesetz** aus.⁶³ Auch die **Venedig-Kommission des Europarates äußerte Kritik an dem Gesetz** und machte deutlich, dass weder das Sprachengesetz aus dem Jahr 2012, noch das Bildungsgesetz aus dem Jahr 2017 noch das neue

Nach Beginn des Angriffskrieges wurde ein weiteres umstrittenes Gesetz zur Regulierung der Medien erlassen, siehe dazu weiterführend: *Terzyan*, [Dissecting the Political Landscape of War-Torn Ukraine: Between Internal Challenges and External Threats](#), in: *Journal of Liberty and International Affairs*, 2024, 10(2), S. 137-151 (138 f.).

- 55 *Besters-Dilger*, [Language Policy in Ukraine - Overview and Analysis](#), in: *Ukrainian Analytical Digest*, 2023, 1, S. 2-6 (4); siehe auch: *Welytschko*, Rechte der nationalen Minderheiten in der Ukraine, in: *Wostok*, 2023, 4, S. 26-29 (26).
- 56 *Welytschko*, Rechte der nationalen Minderheiten in der Ukraine, in: *Wostok*, 2023, 4, S. 26-29 (26 f.).
- 57 *Petrov*, Herausforderungen bei der wirksamen Umsetzung des Assoziierungsabkommens EU-Ukraine in die ukrainische Rechtsordnung, in: *Lorenzmeiner et al. (Hrsg.), Recht der EU-Außenbeziehungen*, 2023, S. 113-155 (143).
- 58 *Konkewitsch*, [Ukrainisch als Amtssprache](#), *taz*, 18. Juli 2022.
- 59 dpa factchecking, [Kein Verbot Gebrauch der russischen Sprache in der Ukraine stark eingeschränkt](#), 5. Juli 2022.
- 60 *Welytschko*, Rechte der nationalen Minderheiten in der Ukraine, in: *Wostok*, 2023, 4, S. 26-29 (26 f.); *Konkewitsch*, [Ukrainisch als Amtssprache](#), *taz*, 18. Juli 2022.
- 61 *Place/Everett*, [Ukraine, language policies and liberalism: a mixed second act](#), in: *Studies in East European Thought*, 12. Februar 2024.
- 62 dpa factchecking, [Kein Verbot - Gebrauch der russischen Sprache in der Ukraine stark eingeschränkt](#), 5. Juli 2022.
- 63 United Nations, Meetings Coverage, Security Council, [Briefing Security Council on Ukraine. Under-Secretary-General Expresses Concern over Language Law, Ceasefire Violation](#), 16. Juli 2019; United Nations Human Rights Office of the High Commissioner, [Report on the human rights situation in Ukraine from 16 February to 15 May 2019](#), 1. Juli 2019, S. 20, Rn. 80 f.

Sprachengesetz aus dem Jahr 2019 eine ausreichende Balance zwischen der Stärkung der Amtssprache und Rechten der Minderheiten gefunden hätte.⁶⁴ Weitergehend wurde ausgeführt:

„[...] the State Language Law extends to other areas the differential treatment that the Commission considered in its 2017 opinion as **very problematic from the perspective of nondiscrimination**. Furthermore, the Commission notes that **the State Language Law includes several provisions which impose limitations on the freedom of expression and the freedom of association as enshrined in the ECHR. While limitations to these freedoms may serve legitimate aims, the Commission recalls that all limitations must be proportionate**. The Commission in the present opinion has found that several articles of the State Language Law require further clarification in order to be proportionate to the legitimate aim.”⁶⁵

Auch die Menschenrechtsorganisation *Human Rights Watch* zeigte sich besorgt hinsichtlich des Gesetzes.⁶⁶

Der Europarat sowie die Expertenkommission der Europäischen Charta für Minderheiten- und Regionalsprachen machten bei aller Kritik jedoch äußerst deutlich, **dass der Status des Russischen als Minderheitensprache als Vorwand für Aggression gegen Ukraine unter keinen Umständen vertretbar** sei.⁶⁷ So heißt es in einer Stellungnahme der Expertenkommission der Europäischen Charta für Minderheiten- und Regionalsprachen:

„The Committee of Experts condemns again in the strongest possible terms the aggression of the Russian Federation against Ukraine and expresses its deep concern and solidarity with all people of Ukraine. **The Committee of Experts finds unacceptable the instrumentalization by the Russian Federation of the presence of Russian as a minority language in Ukraine as a pretext for aggression**. The Committee stands ready to continue its support to the Ukrainian authorities in implementing the Charter and considers this document as a way to provide guidance to the Ukrainian authorities on how to strengthen the protection of the minority languages in the country.”⁶⁸

-
- 64 Council of Europe, European Commission for Democracy through Law (Venice Commission), [Ukraine Opinion on the Law on Supporting the Functioning as the Ukrainian Language as the State Language](#), 9. Dezember 2019, S. 29, Rn. 136 f.
- 65 Council of Europe, European Commission for Democracy through Law (Venice Commission), [Ukraine Opinion on the Law on Supporting the Functioning as the Ukrainian Language as the State Language](#), 9. Dezember 2019, S. 29, Rn. 137 [Hervorhebung durch Verf.].
- 66 Denber, [New Language Requirement Raises Concerns in Ukraine](#), Human Rights Watch, 19. Januar 2022.
- 67 Europarat, [Hinweis auf Status des Russischen als Minderheitensprache als Vorwand für Aggression gegen Ukraine nicht vertretbar](#), 17. Juni 2022; Council of Europe, European Charter for Regional and Minority Languages, [Statement by the Committee of Experts on the legal framework for the implementation of the European Charter for Regional or Minority Languages in Ukraine](#), 26. Juni 2023, S. 2.
- 68 Council of Europe, European Charter for Regional and Minority Languages, [Statement by the Committee of Experts on the legal framework for the implementation of the European Charter for Regional or Minority Languages in Ukraine](#), 26. Juni 2023, S. 2 [Hervorhebungen durch Verf.].

4. Kirche und Religionsfreiheit

Wie Fragen der Sprachpolitik sind teilweise auch **Fragen der Religionszugehörigkeit und -freiheit aufgrund des Erbes der Sowjetzeit politisch hoch aufgeladen**.⁶⁹ Die **Ukrainisch-Orthodoxe Kirche (folgend: UOK)** entstand, als nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion die Russisch-Orthodoxe Kirche ihren Gemeinden in den neu entstehenden souveränen Staaten eine gewisse Selbstständigkeit zugestand. Dennoch **gehörte die UOK weiterhin zur Russisch-Orthodoxen Kirche**. Nach der **Annexion der Krim, die vom russischen Patriarchen in Moskau nicht verurteilt wurde, wurde die UOK mehr und mehr als „russische Interessenvertretung in der Ukraine wahrgenommen“**⁷⁰ und Gläubige wandten sich zunehmend von der UOK ab.⁷¹

Seit **2018 existiert die Orthodoxe Kirche der Ukraine (folgend: OKU)**, die aus einer Vereinigung verschiedener Kirchen sowie Gemeinden der UOK entstand.⁷² Im Jahr 2019 wurde der neu gegründeten OKU die Autokephalie, sprich die Befugnis zur Selbstverwaltung auf höchster Ebene, von dem ökumenischen Patriarchen von Konstantinopel verliehen. Für den Erhalt der Autokephalie hatte sich der damalige pro-europäische Präsident *Petro Poroschenko* stark eingesetzt. Dieser sowie andere Politiker propagierten ein **Weltbild eines einheitlichen (ukrainischen) Staates mit einer einheitlichen ukrainischen Kirche, nämlich der OKU**, während die Russisch-Orthodoxe Kirche, zu der die UOK zu diesem Zeitpunkt gehörte, die Ideologie der **„Russischen Welt“ (*Russkij mir*)**⁷³ vertrat.⁷⁴ Der Religionssoziologe *Tornike Metreveli* führt diesbezüglich der **sich gegenüberstehenden Weltanschauungen** aus:

„Der ‚Einheitlicher Staat, vereinigte Kirche‘-Diskurs verbindet Elemente eines staatsbürgerlichen Nationalismus, von Gebietszugehörigkeit und eines religiösen Partikularismus. Der Staat tritt als entschiedener Verteidiger der religiösen Identität auf, die eine Angelegenheit nationaler Sicherheit ist. Religion ist in diesem Diskurs ein vitaler Sicherheitsaspekt der ukrainischen Staatlichkeit. Auf der anderen Seite wird *Russkij mir* als Projekt und Diskurs vom russischen Patriarch Kirill (Gundjajev) vertreten und stellt eine ideologische Grundlage der russischen Außenpolitik gegenüber den benachbarten ehemaligen Sowjetrepubliken dar.“⁷⁵

69 Zum **historischen Hintergrund** sowie zu **generellen Problemen hinsichtlich der Religionsfreiheit** in der Ukraine siehe: *Elsner*, [Religionsfreiheit in der Ukraine: Ein Menschenrecht als Instrument der Kriegspropaganda](#), in: Kirche und Recht, 2022, Band 28, Heft 1, S. 1-14 (3 ff.).

70 *Elsner*, [Religionsfreiheit in der Ukraine: Ein Menschenrecht als Instrument der Kriegspropaganda](#), in: Kirche und Recht, 2022, Band 28, Heft 1, S. 1-14 (4).

71 *Bremer*, [Konflikt der Patriarchen Über Orthodoxie und Autokephalie](#), in: Osteuropa, 2018, 8-9, S. 99-108 (107).

72 *Elsner*, [Religionsfreiheit in der Ukraine: Ein Menschenrecht als Instrument der Kriegspropaganda](#), in: Kirche und Recht, 2022, Band 28, Heft 1, S. 1-14 (4).

73 Weiterführend zur ***Russkij mir*-Ideologie**: *Zabirko*, [Russkij mir](#), bpb, 15. Juni 2023.

74 *Metreveli*: Neue orthodoxe Kirche in der Ukraine: Licht am Ende des Tunnels?, in: Religion & Gesellschaft in Ost und West, 2019, 4/5, S. 20-22 (21 f.).

75 *Metreveli*: Neue orthodoxe Kirche in der Ukraine: Licht am Ende des Tunnels?, in: Religion & Gesellschaft in Ost und West, 2019, 4/5, S. 20-22 (21).

Nach und während der **Gründung der OKU kam es zu Einschränkungen** der zum Teil als russische Interessenvertretung wahrgenommen UOK. Die Religionswissenschaftlerin *Regina Elsner* führt diesbezüglich aus:

„Die Gründung der OKU 2018 und ihre kanonische Anerkennung 2019 durch das Ökumenische Patriarchat wurde durch Ergänzungen im ‚Gesetz über die Gewissensfreiheit und Religiösen Organisationen‘ begleitet. Am 20.12.2018 wurde Artikel 12 ergänzt, **der religiöse Organisationen mit Leitungszentrum in einem Staat, der die Ukraine militärisch bedroht, zu einer Angabe darüber im Namen der Religionsgemeinschaft verpflichtet. Die Änderung verbietet es Geistlichen dieser Organisationen auch, in den Streitkräften Militärseelsorge zu betreiben. Dieses Gesetz richtet sich unmissverständlich an die UOK, widerspricht der verfassungsgemäßen Religionsfreiheit [...]**

Im Wahlkampf Präsident *Poroshenkos* 2018 wuchs der Druck von Lokalverwaltungen auf Ortsvorsteher und Gemeindepriester, die lokalen Gemeinden der UOK zum Übertritt in die OKU zu bewegen. In dieser rechtlichen und gesellschaftlichen Atmosphäre **kam es zu verschiedenen gewaltsamen Übergriffen im Zuge von Gemeindefwechseln.** [...] Vereinzelt wurden Kirchen gewaltsam besetzt, Priester wurden bedroht oder Druck auf die Gemeinde ausgeübt, [...].“⁷⁶

Jedoch macht *Elsner* auch deutlich, dass ihrer Ansicht nach **das Argument der bedrohten Religionsfreiheit in Verbindung mit der Ideologie der *Russkij mir* missbraucht werde, um den Angriffskrieg auf die Ukraine zu rechtfertigen.**⁷⁷

Nach **Beginn des Angriffskrieges verurteilte die UOK diesen ausdrücklich und sagte sich im Mai 2022 von der Russisch-Orthodoxen Kirche los.**⁷⁸ Zur Frage, inwieweit **die UOK weiterhin russlandnah ist und ihre Geistlichen Moskaus Interessen vertreten oder gar Spionage betreiben, gibt es unterschiedliche Ansichten.**⁷⁹ Die Deutsche Welle berichtet von einem Gutachten des

76 *Elsner*, [Religionsfreiheit in der Ukraine: Ein Menschenrecht als Instrument der Kriegspropaganda](#), in: Kirche und Recht, 2022, Band 28, Heft 1, S. 1-14 (6 f.) [Hervorhebungen durch Verf.].

Ende Dezember 2022 entschied das ukrainische Verfassungsgericht, dass die fraglichen Änderungen des Gesetzes über die Gewissensfreiheit und Religiösen Organisationen aus dem Jahr 2018 verfassungskonform seien, siehe: *Zenger/Kube*, Im Visier: Ukrainische Orthodoxe Kirche und neue Religionspolitik, in: Religion & Gesellschaft in Ost und West, 2023, 1/2, S. 16–18 (17).

77 *Elsner*, [Religionsfreiheit in der Ukraine: Ein Menschenrecht als Instrument der Kriegspropaganda](#), in: Kirche und Recht, 2022, Band 28, Heft 1, S. 1-14 (9 ff.);

78 *Welytschko*, Österlicher Kirchenfriede sollte nicht sein, in: Wostok: Informationen aus dem Osten für den Westen, 2023, 1/2, S. 25-29 (26); *Bortny/Finger*, Die Spaltung, Die Zeit Nr. 24/2022, 9. Juni 2022.

Zum Konflikt zwischen der UOK und der ukrainischen Regierung hinsichtlich des **Kiewer Höhlenklosters**, siehe: *Zenger/Kube*, Im Visier: Ukrainische Orthodoxe Kirche und neue Religionspolitik, in: Religion & Gesellschaft in Ost und West, 2023, 1/2, S. 16-18 (18); tagesschau, [60 Tage Hausarrest für Abt des Höhlenklosters](#), 1. April 2023.

79 Dazu weiterführend: *Mitrokhin*, Mit Kanonen auf Spatzen Das neue ukrainische Kirchengesetz, in: Osteuropa, 2024, 6-7, S. 51-58 (52 f.)

ukrainischen Amts für Ethnopolitik und Religionsfreiheit,⁸⁰ dem zufolge UOK weiterhin eine Organisation mit Zentrum in Russland sei. Diesem Gutachten zufolge „bestehe [weiterhin] eine kirchenrechtliche Verbindung zur Russischen Orthodoxen Kirche, der sie untergeordnet sei. Die Verbindung sei keineswegs aufgelöst [...].“⁸¹ Der Historiker *Nikolaj Mitrokhin* argumentiert, dass dieses „Gutachten [...] von Mitgliedern des Wissenschaftlichen Rats des Amts verfasst [worden sei], die in ihrer Mehrheit seit langem als offene Fürsprecher der OKU und Anhänger einer Auflösung der UOK bekannt“⁸² seien. Er kommt zu dem Schluss, dass die Behauptung, die UOK sei ein Agentennetz des FSB, sich auch durch 1300 Razzien nicht habe erhärten lassen.⁸³ Die Redakteure des *Forums Religion & Gesellschaft in Ost und West*, *Natalija Zenger* und *Stefan Kube* gehen ebenfalls davon aus, dass die Mehrheit der Geistlichen der UOK den Abwehrkampf gegen den russischen Aggressor unterstütze.⁸⁴ Das ZDF weist mit Blick auf die UOK darauf hin, dass der Moskauer Patriarch weiterhin anerkannt werde und es in dieser Kirche viele Priester und Bischöfe gebe, die Moskauer Interessen vertreten, aber auch viele Priester, Gemeinden und einfache Kirchenmitglieder, die klar zur Ukraine stünden.⁸⁵ Die taz und die Deutsche Welle berichten von 100 vom Inlandsgeheimdienst angestregten Strafverfahren gegen Vertreter der UOK und von der Verurteilung von 26 Priestern wegen Verbreitung russischer Narrative, Unterstützung des Krieges oder Spionage.⁸⁶

Im August 2024 unterschrieb Präsident *Selenskyj* ein **umstrittenes Gesetz, welches die Grundlage für Verbotsverfahren gegen Kirchen schafft und sich gegen die UOK richtet**. Das Gesetz bestimmt, dass „Glaubensgemeinschaften ‚mit Steuerungszentrum in einem Staat, der mit militärischer Aggression gegen die Ukraine vorgeht‘ innerhalb eines Dreivierteljahres ihre Tätigkeit einstellen müssen.“⁸⁷ Ein Verbot müsste allerdings von einem Gericht für jede der knapp 10.000

-
- 80 Dieses Gutachten dürfte als Vorbereitung für ein etwaiges Verbot der UOK (siehe dazu S. 17) erstellt worden sein, siehe dazu im Detail: *Mitrokhin*, Mit Kanonen auf Spatzen Das neue ukrainische Kirchengesetz, in: Osteuropa, 2024, 6-7, S. 51-58 (51 f.).
- 81 *Polska*, [Kirchenverbot in der Ukraine - und was die EU dazu sagt](#), Deutsche Welle, 29. August 2024.
- 82 *Mitrokhin*, Mit Kanonen auf Spatzen Das neue ukrainische Kirchengesetz, in: Osteuropa, 2024, 6-7, S. 51-58 (54 f.); ähnlich: *Zenger/Kube*, Im Visier: Ukrainische Orthodoxe Kirche und neue Religionspolitik, in: Religion & Gesellschaft in Ost und West, 2023, 1/2, S. 16–18 (17).
- 83 *Mitrokhin*, Mit Kanonen auf Spatzen Das neue ukrainische Kirchengesetz, in: Osteuropa, 2024, 6-7, S. 51-58 (53).
- 84 *Zenger/Kube*, Im Visier: Ukrainische Orthodoxe Kirche und neue Religionspolitik, in: Religion & Gesellschaft in Ost und West, 2023, 1/2, S. 16–18 (18).
- 85 zdf heute, [Ukraine verbietet moskautreue orthodoxe Kirche](#), 20. August 2024.
- 86 *Konkewitsch*, [Wie hast du's mit der Religion?](#), taz, 23. August 2024; *Polska*, [Kirchenverbot in der Ukraine - und was die EU dazu sagt](#), Deutsche Welle, 29. August 2024; zu den **Einstellungen der Anhängerschaft der UOK** siehe: *Fert*, [Gibt es eine russische Kirche in der Ukraine?](#), Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien, 27. Mai 2024.
- 87 Zeit Online, [Ukrainische Kirche ruft Christen zum Übertritt auf](#), 21. August 2024.

Gemeinden einzeln beschlossen werden.⁸⁸ Zudem ermöglicht es das Gesetz den Behörden, kirchliche Gebäude von epochaler Wichtigkeit in einem vereinfachten Verfahren zu konfiszieren.⁸⁹

Die Deutsche Welle berichtet, dass das ukrainische Parlament davon abgesehen habe, sich für diesen Gesetzesentwurf von der Venedig-Kommission des Europarates beraten zu lassen. Der Deutschen Welle zufolge scheint auch die Europäische Union (EU) sich bei dem Thema nicht einmischen zu wollen.⁹⁰

5. Parteien und politische Einflussnahme

In der Ukraine existieren seit der **Unabhängigkeit pro-russische Parteien**,⁹¹ die z. B. hinsichtlich der Sprachpolitik die Interessen der russischen Minderheit vertreten und bei Wahlen beachtliche Erfolge erzielt haben. Der im Rahmen des Euromaidans gestürzte **Präsident Janukowytsch gehörte der pro-russischen Partei der Regionen** an.⁹² Im Nachgang zum Euromaidan, aber vor den Parlamentswahlen im Jahr 2014 formierte sich der sogenannte „Oppositionsblock“ als Nachfolgeorganisation der Partei der Regionen.⁹³ Im Jahr 2018 löste sich aus diesem Oppositionsblock unter der Führung des Oligarchen *Jurij Boyko* die **pro-russische Oppositionsplattform – für Leben** heraus. Bei den **Parlamentswahlen im Jahr 2019** wurde **diese Partei zweitstärkste Kraft im Land und stärkste Kraft in den nicht-besetzten Teilen von Donezk und Luhansk**,⁹⁴ in denen die Bevölkerung an der Wahl teilnehmen konnte.

Im März 2022 verbot Präsident *Selenskyj* per Dekret elf pro-russische Parteien für die Dauer des Kriegsrechts.⁹⁵ **Im Mai 2022 wurde dann ein Gesetz verabschiedet, welches pro-russische Parteien verbot, die in anti-ukrainische Aktivitäten involviert sind.**⁹⁶ Das Parteivermögen sollte

88 Zeit Online, [Ukrainische Kirche ruft Christen zum Übertritt auf](#), 21. August 2024; weitführend siehe: *Mitrokhin*, Mit Kanonen auf Spatzen Das neue ukrainische Kirchengesetz, in: Osteuropa, 2024, 6-7, S. 51-58 (51 f.).

89 *Mitrokhin*, Mit Kanonen auf Spatzen Das neue ukrainische Kirchengesetz, in: Osteuropa, 2024, 6-7, S. 51-58 (52).

90 *Polska*, [Kirchenverbot in der Ukraine - und was die EU dazu sagt](#), Deutsche Welle, 29. August 2024.

91 Dazu weitführend: *Jürgens*, [Russischsprachige Bevölkerung in Osteuropa – von der Titularnation zur Minderheit](#), 2018, S. 503 f.

92 Weiterführend zur **Partei der Regionen** siehe: *Ogushi*, [The Opposition Bloc in Ukraine: A Clientelistic Party with Diminished Administrative Resources](#), in: Europe-Asia Studies, 2020, 72:10, S. 1639-1656 (1641 f.).

93 *Ogushi*, [The Opposition Bloc in Ukraine: A Clientelistic Party with Diminished Administrative Resources](#), in: Europe-Asia Studies, 2020, 72:10, S. 1639-1656 (1639 f.).

94 *Lennon*, [Six Reasons the “Opposition Platform” Won in Eastern Ukraine](#), Wilson Center, Dezember 2019.

95 *Kirlikdokme*, [Kritik an Selenkyjs \[sic!\] Verbot unliebsamer Parteien](#), Frankfurter Rundschau, 4. April 2022.

96 Freedom House, [Freedom in the World 2024](#), Ukraine; *Terzyan*, [Dissecting the Political Landscape of War-Torn Ukraine: Between Internal Challenges and External Threats](#), in: Journal of Liberty and International Affairs, 2024, 10(2), S. 137-151 (138).

ebenfalls eingezogen werden.⁹⁷ Ein Vorsitzender der *Oppositionsplattform – für Leben* mit engen Beziehungen zum Kreml, *Viktor Medvedchuk*, war zudem bereits 2021 des Hochverrats angeklagt worden und nach einer misslungenen Flucht verhaftet worden,⁹⁸ bevor er im September 2022 bei einem Gefangenaustausch mit Russland freikam.⁹⁹

Freedom House, eine Nichtregierungsorganisation die Länderrankings hinsichtlich demokratischer Strukturen herausgibt, stuft die Ukraine im Jahr 2023 in einer Unterkategorie der Rubrik „Political Pluralism and Participation“ sowohl aufgrund der gewaltsamen Unterdrückung politischer Aktivitäten durch die russischen Streitkräfte in den besetzten ukrainischen Gebieten als auch wegen des Gesetzes, das pro-russische Parteien verbot, um einen Punkt herunter.¹⁰⁰

Allerdings führten Parteiverbote nicht zu einem automatischen Mandatsverlust für die Abgeordneten dieser Parteien in der Rada.¹⁰¹ Während **einige der Abgeordneten dieser Parteien nach Russland gingen**,¹⁰² sind **andere**, wie auch der frühere Fraktionschef der *Oppositionsplattform – für Leben*, *Jurij Bojko*, weiterhin **in der Rada tätig** und **unterstützen Präsident Selenskyj**. *Bojko* erläuterte in einem Interview mit dem Magazin Cicero, dass *Wladimir Putin* die Schuld an dem Krieg trage und er, während er früher einen blockfreien Status der Ukraine unterstützt habe, nun für einen NATO-Beitritt der Ukraine stimmen würde.¹⁰³

97 ntv, [Ukraine-Krieg im Liveticker](#), 21. Juni 2022.

98 BBC, [Ukraine: Fugitive Putin ally Medvedchuk arrested - security service](#), 13. April 2022.

99 *Bidochko*, [The Return of Medvedchuk](#), Wilson Center, 28. Februar 2023.

100 Freedom House, [Freedom in the World 2023](#), Ukraine.

101 *Lebediuk*, [Political Dynamics in Ukraine After Russia's Full-Scale Invasion](#), in: *Studies in European Affairs*, 2023, 27(4), S. 93-107 (99).

102 *Vorobiov*, [Whatever Happened to Ukraine's Pro-Russians?](#), CEPA, 25. September 2024.

103 Cicero, [Interview mit Jurij Bojko „Wir sind jetzt Feinde“](#), 4. März 2023; siehe auch *Vorobiov*, [Whatever Happened to Ukraine's Pro-Russians?](#), CEPA, 25. September 2024.